

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 20 (1979)
Heft: 21

Artikel: Demokratie und Opportunismus : eine mögliche Komplizenschaft, an die niemand denkt : Gedanken eines Osteuropäers zum ost-westlichen Wissenschaftsaustausch
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1094829>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

diskutieren und an Versammlungen zur Sprache zu bringen. Zuständige Instanzen sollen aufgefordert werden, sich dazu zu äussern. Zu informieren sind überdies unabhängige soziale Institutionen (gemeint sind oppositionelle Gruppierungen wie KOR) und die Redaktionen von unabhängigen Publikationen (Samisdat-Schriften).

3. Es gibt an jedem Arbeitsplatz eine Anzahl von Problemen, die durchaus mit der Hilfe der offiziellen Gewerkschaften zu lösen wären. Sicher liegt es in unserem eigenen Interesse, sie lebendiger zu machen, als sie es jetzt sind. Von den bestehenden Arbeiterräten ist zu verlangen, dass sie die Interessen der Arbeiter verteidigen. Versammlungen sind auszunützen, um Diskussionen zu führen, Forderungen zu erheben und in die Arbeiterräte solche Männer zu wählen, die den Forderungen auch Nachdruck verleihen.

4. Wenn unsere Aktionen mehr sein sollen als blosse Ad-hoc-Standpunkte, ist es erforderlich, dass Arbeitergruppen eine konstante Aktivität entfalten. Solche Gruppen dürfen anfänglich noch geheimen Charakter haben. Sie stellen ein Arbeitsprogramm auf, sie können spezifische Aktionen organisieren, sie schaffen in ihrer Umgebung eine meinungsbildende Kraft. Zu gegebener Zeit aber treten sie offen auf, in der Form eines unabhängigen Arbeiterkomitees.

5. Unabhängige Gewerkschaftskomitees sind dort zu bilden, wo es schon starke, organisierte Arbeitergruppen gibt, die imstande sind, ihre Vertreter gegen Entlassung oder Verhaftung zu verteidigen. Die Erfahrungen der Werktätigen in den westlichen Demokratien zeigen, dass dies die wirksamste Methode ist, die Interessen der Belegschaft zu verteidigen.

Nur unabhängige Gewerkschaften, die ihrerseits von den Arbeitern unterstützt werden, die sie vertreten, haben eine Chance, der Obrigkeit entgegenzutreten. Sie allein können eine Macht darstellen, welche die Behörden als gleichberechtigten Partner in Verhandlungen respektieren müssen.

★★★

Wir, die Unterzeichneten, nehmen uns vor, im Geist der Forderungen zu handeln, die in der Charta der Arbeiterrechte enthalten sind.

Gleichzeitig gründen wir eine Bank für Gegenseitige Hilfe («Kasa Pomocy») und verpflichten uns zu einer Einlage à fonds perdu. Das gesamte Geld der Bank wird dazu benutzt, Leuten zu helfen, die man wegen ihrer Teilnahme an unabhängigen Gewerkschaftsaktivitäten von ihrem Arbeitsplatz entlassen hat.

(Dem Manifest ist eine Beilage angefügt, in der Bestimmungen aus internationalen Konventionen zitiert werden, die auch Polen anerkannt und ratifiziert hat. Angeführt werden Artikel über das Recht der Arbeiter, sich zu organisieren und Gewerkschaften zu bilden, und ein Artikel über das Recht auf Streik — allerdings «in Uebereinstimmung mit den Gesetzen des betreffenden Landes», eine für internationale Vertragswerke typische Abschwächung im Interesse des Sowjetlagers, das auf «Nichteinmischung» beharrt. Die zitierten Stellen gelten als Belege für den Satz: «Unsere Aktivitäten stehen im Einklang mit dem Gesetz.» Das Dokument endet mit den Unterschriften der Erstunterzeichner.) ■

Gedanken eines Osteuropäers zum ost-westlichen Wissenschaftsaustausch

Demokratie und Opportunismus

Eine mögliche Komplizenschaft, an die niemand denkt

Wir hatten in ZB, Nr. 19/1979, die «Betrachtung eines Osteuropäers über das paradoxe Verhältnis von links und rechts in Ost und West» gebracht. Der gleiche osteuropäische Autor, dessen Namen wir aus verständlichen Gründen nicht publizieren können, analysiert heute einen besonderen Aspekt der Ost-West-Thematik. Es geht um das wissenschaftliche Austauschprogramm. Wenn die Demokratie hierzu keine Bedingungen stellt, akzeptiert sie die Bedingungen der Diktatur und macht sich zu ihrem Komplizen. Das muss sich der Westen von einem Intellektuellen aus dem Osten sagen lassen.

Zu Hause demokratisch zu sein, anderswo jedoch undemokratische Praktiken zu fördern, bedeutet Verlust der moralischen Integrität. Und dazu der politischen Glaubwürdigkeit.

Vor einigen Jahren beantwortete Leonard H. Marks, Vorsitzender des Beratenden Komitees für internationale und kulturelle Angelegenheiten, eine Frage eines Fulbright-Stipendiaten über den Widerspruch, dass Stipendien der Vereinigten Staaten in einem Abkommen mit einem Oststaat, der sich gerne als unabhängig ausgibt, enthalten waren. Er war sichtlich ungehalten, da es nicht das erstmal war, dass er eine solche Frage gehört hatte: «Wir können uns nicht in die inneren Angelegenheiten anderer einmischen!»

Grundsätzlich ist das richtig, aber gelegentlich ist es gefährlich, weil man gerade durch «Nichteinmischung» in etwas hineingezogen werden kann, das man nicht gemeint hat.

Vergessen wir nicht, dass junge Leute mit Stipendien für Studien in Moskau, Bukarest oder Prag oft

trotzdem durch ihre Gastgeber abgewiesen werden, die sich damit auf diese Weise in innere Angelegenheiten der Länder mischen, aus denen die Kandidaten stammen.

Die Begründungen — unverheiratet (könnte jemanden aus dem Gastland heiraten wollen!), Geheimgebiet (schwer zu entkräftigende Ausrufe), keine Unterkunft (lächerlich), Auftrag richtet sich gegen das Gastland (Beispiele: Machtergreifung kommunistischer Parteien, Geschichte dieser Parteien, Machtkämpfe zwischen Parteifaktionen, die Lage der Religionsfreiheit, internationale Beziehungen während gewisser Perioden, Minderheitenfragen, kreative Freiheit, Meinungsfreiheit usw.) — sind fadenscheinig. Gelegentlich wird die Abweisung eines Kandidaten nicht einmal erklärt.

Ein Stipendium, welcher Art auch, wird im Westen demokratisch erteilt. Jedermann kann sich darum bewerben. Im Osten wird es nie öffentlich ausgeschrieben. Die Auswahl hat Regeln, die daraus ein Privileg für diejenigen machen, die an der Macht oder dicht bei der Macht sind. Die Politik des Tages bestimmt den Entscheid. Dann folgt noch die Verifikation der Treue durch die Geheimpolizei.

Und schliesslich, eine Regel fast ohne Ausnahme, die Anwerbung für diese Polizei, zumindest für die Dauer des Stipendiums, unter dem Vorwand der Vaterlandsliebe. Wer sich da weigert, beendet gleichzeitig das Stipendium und die Aussicht auf einen Reisepass im allgemeinen. Die andern nehmen das an. Vielleicht hoffen sie, dass sie sich im Ausland absetzen können, sobald sie ankommen — was schon oft geschehen ist —, oder dann werden sie Komplizen des Regimes und erhalten als Gegendienst gewisse Privilegien.

Einige Aspekte seien hier untersucht. Die Stipendien, die der Westen unter dem Stern der Détente und internationaler Zusammenarbeit anbietet, sind nicht nur eine Chance für Détente und Studium, sondern auch ein Karrierebeginn.

Werden solche Stipendien ein Instrument des östlichen Gastlandes, so macht es aus ihnen bloss ein zusätzliches Oppressionsmittel. Der akzeptierende Westen wird dann ein Komplize. Er hilft,



Importeur feiner Qualitätsweine

Besuchen Sie uns an unserem Stand
in der Berner Weinmesse im Kursaal,
Bern.

Degustieren Sie unverbindlich unsere
feinen Weine.

Wir freuen uns auf Ihren Besuch!

Vins Hless Weine
Bern - Steinhölzli Telefon 031/53 85 55

die Demokratie in den Ostländern vollends zu Grabe zu tragen, besonders wenn er noch annimmt, dass aus dem Ostland nur die Kinder derjenigen kommen, die an der Macht sind, so dass die Machthaber zusätzliche Privilegien erhalten. Dazu finanziert der Westen diese Hilfe noch. Er finanziert in diesem Fall auch die Arbeit der östlichen Geheimpolizei, die ihr Netz von Spionen in Wissenschaft und Industrie, das dem Westen schon gewaltige Verluste zugefügt hat, ausdehnen kann.

Es handelt sich da um einen regelrechten «Export der Ungleichheit» im Lernprozess, betrieben von Staaten, die gerade die Gleichheit der Schulungschancen in ihre Verfassung aufgenommen haben. Schliesslich ist es auch eine absurde Unterwerfung der Demokratie unter die Sitten von Ländern, die antidemokratisch in Form und Sitten sind. Das führt zur Frage, ob Demokratie nicht schwächer ist als Antidemokratie. Verwunderbarer ist sie jedenfalls — das wissen wir.

Die Austauschpraxis, wie sie im Osten gehandhabt wird, ist hochformell und eigentlich ein offizieller Akt.

Es gibt groteske Beispiele: In Rumänien wartet ein Student, der in einem Dorf alte Volkslieder hören möchte, monatelang auf die Bewilligung. Der verantwortliche Direktor im Erziehungsministerium, Mircea Cristea, wird aggressiv, wenn man ihm sagt, dass dies keine Bedingungen sind, unter denen man Forschung betreiben kann: «Gefällt es Ihnen nicht, so gehen Sie nach Hause! Niemand hat Sie hieher eingeladen!» Sein Kollege Biro György in Budapest reagiert gleich. In Bulgarien erhält ein Student nach Wochen einen Pass für eine Bibliothek. In Leningrad verliert ein Gastprofessor mehr Zeit mit der Büro-

kratie als mit Vorlesungen — denn der Inhalt seiner Vorlesungen wird gerade kurz, bevor er wieder wegweist, endlich positiv begutachtet.

Der Austauschstudent aus dem Osten hat auch Schwierigkeiten, doch sind diese Mühen mit der Angewöhnung im Westen verbunden. Er erwartet, wie zu Hause, dass man ihm sagt, was er tun und nicht tun kann. Er sucht nach einer Autorität, die ihn deckt. Wenn er merkt, dass er auf sich allein angewiesen ist, gerät er in Panik.

Eine Gruppe sowjetischer Professoren wartet eine Woche im Gästehaus des Deutschen Akademischen Austauschdienstes, ob jemand kommen werde und ihnen Weisungen erteile. Dass sie ihren einheimischen Kollegen gleichgestellt sind und dieselben Rechte geniessen, stört sie gelegentlich so, dass sie sich vernachlässigt vorkommen.

Tatsächlich ist dies nicht nur eine Frage für Studenten, Forscher, Professoren oder andere Stipendiaten, sondern auch für Berufsgruppen, Künstler und andere Austauschgruppen.

Aus dem Osten können nicht diejenigen, welche die Leistung dazu erbringen, an Ausstellungen oder Veranstaltungen kultureller Art teilnehmen, sondern diejenigen, welche politisch zuverlässig sind, und gelegentlich einfach solche, die Glück haben.

Die Kontakte erfolgen administrativ, auf der Ebene der staatsvertretenden Organisation, als ob Menschen als solche nicht bestehen würden. Menschliche Kontakte werden behindert, oft sogar durch das Gesetz.

Und wer solche polizeilich geregelte Ungleichheit als unvermeidlich annimmt, wird auch ein Komplize dieses Zustandes.

Ein bekannter Spezialist für Amerikastudien im

Osten, der eine Amerikanerin geheiratet hatte — und notabene keine Auswanderung beabsichtigte —, erhielt ein Stipendium vom «American Council for Learned Societies» angeboten. Er war bereit, anzunehmen, doch die Behörden antworteten ihm zynisch: «In Anbetracht der Tatsache, dass keine Aenderung Ihrer Stellung in nächster Zukunft zu erwarten ist, kommen Sie für ein Stipendium nicht in Frage.» Die Ablehnung fusste nicht einmal auf einem Gesetz des Landes, sondern sichtlich auf seiner persönlichen Ehesituation, die den Verdacht politischer Unzuverlässigkeit aufkommen lassen konnte. Die Rückweisung wurde akzeptiert.

Wo liegt der Unterschied zwischen der Propaganda über Menschenrechte und der politischen Realität, wie die Propagandisten selbst sie dann in Verträgen und Abkommen annehmen? Sind Franzosen, Deutsche oder Amerikaner besser oder schlechter auf diesem Gebiet, weil sie hier oder dort opportunistisch sind, in der Menschenrechtsfrage in Hypokrisie machen? Ist es besser, diese Rechte durch laute Verkündungen oder durch leisetretische Demarchen auf Umwegen wahrzunehmen?

Eines sollte klar sein: Wenn Détente voraussetzt, dass wir eine doppelbödige Politik führen — eine Ebene zu Hause und eine andere in der Welt —, dann ist der Preis noch höher als das, was man normalerweise schon durch wirtschaftliche Konzessionen leistet. Echte Détente — Entspannung — muss nicht um den Preis der Verlogenheit durchgeführt werden. Der echte Gewinn, den man von Détente erhoffen muss, ist grössere Gerechtigkeit in der Welt und nicht Komplizität der Demokratie mit Totalitarismus! ■



Britische (links) und französische Austausch-Wissenschaftler in Warschau.

4%
Anlagehefte

3 1/4%
Postzahlungs-Einlagehefte

COUPON für Geschäftsbericht
in verschlossenem Couvert

Name

Strasse

Ort

CITY BANK
Talstrasse 58, 8021 Zürich
Tel. 01/211 76 11